

Aaron Tauss

Argentiniens besetzte Betriebe Über das emanzipatorische Potenzial und die Dilemmas der Selbstverwaltung

Bereits in den neunziger Jahren, und danach in verstärktem Masse als unmittelbare Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2001/2002 wurde Argentinien Zeuge einer noch nie da gewesenen Formation heterogener sozialer Bewegungen, wie u.a. neugegründeter Gewerkschaften, der Arbeitslosenbewegung, Nachbarschaftsversammlungen, Müllsammler und besetzter, selbstverwalteter Betriebe (Uriona 2006: 89). Während die meisten Initiativen im Zuge von Argentiniens wirtschaftlichem Wiederaufschwung in den Folgejahren rasch wieder in die politische Bedeutungslosigkeit verschwanden, etablierten sich die besetzten Betriebe als die stärkste und bestorganisierte Form des sozialen Protestes. Der jahrelange Kampf der Arbeiter um die Wiedereingangssetzung der Produktionsmittel ehemaliger kapitalistischer, bankrotter und verschuldeter Unternehmen veränderte zum Teil auf radikale Weise die bestehenden Formen von Repräsentation und Partizipation am Arbeitsplatz.

Von Versammlungen erhaltene Mandate, direkte Wahlen von internen Kommissionen, die Rotation von Positionen und Koordinatoren, die Repräsentation von Minderheitsstimmen und die freie Meinungsäußerung der Arbeiter und Arbeiterinnen etablierten sich als Praxen, die deren direktdemokratische Beteiligung förderte (Korol 2005). Diese Errungenschaften ersetzten sowohl die hierarchischen Beziehungen zwischen Kapital und der Arbeiterschaft als auch die bürokratische Führung von Seiten der traditionellen klientelistischen Gewerkschaften. Der vorliegende Text zielt einerseits darauf ab, kurz den spezifischen sozio-ökonomischen und politisch-ideologischen Kontext nachzuzeichnen, der die Wiederbelebung der Selbstverwaltung in Argentinien hervorgebracht hat. Darüber hinaus soll in der Folge vor allem auf das emanzipatorische Potential sowie die Hindernisse und Grenzen der Arbeiterselbstverwaltung in Argentinien eingegangen werden.

1. Die Renaissance der Selbstverwaltung in Argentinien

Seit den siebziger Jahren haben Debatten über Demokratie am Arbeitsplatz, solidarisches Wirtschaften und Selbstverwaltung einen starken Aufschwung erlebt. Dies ist vor allem das Ergebnis der intensivierten weltweiten Einführung neoliberaler Politik, die eine wachsende Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen in prekäre Arbeitsverhältnisse und in die Arbeitslosigkeit katapultiert hat. Derartige Entwicklungen zwangen zunehmend marginalisierte Gesellschaftssektoren dazu, sich nach alternativen Formen der wirtschaftlichen Tätigkeit umzuschauen. In Folge der desaströsen neoliberalen Strukturanpassungsprogramme in den achtziger Jahren, breiteten sich heterogene Kooperationsinitiativen und demokratisch organisierte Produktionsmodelle vor allem in verschiedenen Teilen Lateinamerikas aus (Sardá de Faria/Cavalcanti 2009: 23).

Argentiniens Geschichte seit den siebziger Jahren ist gleichzeitig paradigmatisch und außergewöhnlich im Vergleich zum Rest der Region. Ähnlich wie andere Länder wurde Argentinien Zeuge einer Reihe tiefgreifender und teilweise tragischer sozial-ökonomischen und politischen Veränderungen, wie einer massiven Auslandsverschuldung und der strukturellen Anpassungsprogramme in Folge der Schuldenkrise von 1982, die darauffolgende Umsetzung neoliberaler Politik in den achtziger und neunziger Jahren, die Deindustrialisierung und Finanzialisierung der Wirtschaft, die Verarmung, Marginalisierung und soziale Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung, zunehmende soziale Ungleichheit und **Prekarisierung mit sich brachten, und schließlich der Aufstieg sozialer Protest- und Widerstandsbewegungen** in den neunziger Jahren (Ranis 2010: 80). Das Außergewöhnliche an Argentiniens jüngerer Geschichte war der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch im Jahr 2001, der gleichzeitig die schwerste Krise in der jüngeren Geschichte des Landes darstellte. Diese Krise legte aber auch den Grundstein für das Aufkeimen neuer und unkonventioneller Formen wirtschaftlicher Organisation.

Ein kurzer Überblick über die Geschichte der Selbstverwaltung

Während des Großteils der Menschheitsgeschichte war die Beziehung zur Natur kollektiv organisiert und gründete sich auf die aktive Beteiligung der Mitglieder einer Gemeinschaft. Charakteristisch für vorkapitalistische Gesellschaften war die Einbettung des Marktes in die Gesellschaft. Polanyi (1978) untersuchte die historische Umkehrung dieser Beziehung mit dem Aufstieg der kapitalistischen Produktionsweise. Das Konzept der Selbstverwaltung bezieht sich auf „eine Form der Institutionalisierung, die sowohl die externe als auch interne Bürokratisierung ablehnt“ (Cox 1987: 32 [Ü.d.A.]). Historisch gesehen war das Konzept eng mit

den Kampf der Arbeiter für eine post-kapitalistische Form der gesellschaftlichen Organisation verknüpft (Bonnet 2011). Marx sah die selbstorganisierte Assoziation „freier Menschen (...), die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben“ (MEW 23: 92) als die grundlegende Organisationsform für die Schaffung einer alternativen Gesellschaftsordnung an.

Erste Erfahrungen der Selbstverwaltung im Kapitalismus reichen zurück bis zu Robert Owens utopischem Sozialismus im England des frühen 19. Jahrhunderts (Leubolt/Auinger 2006: 40f.). Im Jahr 1871 war es die Gründung der Pariser Kommune, die einen kurzlebigen Versuch der Selbstverwaltung darstellte und die blutig niedergeschlagen wurde¹ (Marx 1871, Gluckstein 2011: 34f.). Während des Ersten Weltkriegs fanden Fabrikbesetzungen in Deutschland unter der Führung der Revolutionären Obleute (Hoffrogge 2011) und in Russland als Teil der Bolschewistischen Revolution statt (Mandel 2011). Unmittelbar nach dem Krieg, in den Jahren 1919-1920, erlebten die norditalienischen Städte Turin und Mailand eine Reihe von wild umkämpften Betriebsbesetzungen (Di Paola 2011). Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die späten achtziger Jahre entstand in Jugoslawien ein historisch einzigartiges System der Arbeiterselbstverwaltung. Im Gegensatz zur Sowjetunion wurde die zentrale Planung abgelehnt und stattdessen ein dezentrales wirtschaftliches, politisches und soziales Modell gefördert, das sich in erster Linie auf Mitbestimmung und Selbstorganisation der Arbeiter stützte (Herbert 2006: 25ff., Musić 2011).

In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist Lateinamerika als Region im Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen um die Kontrolle der Produktionsmittel zunehmend in den Vordergrund gerückt. Als direkte Antwort auf die strukturelle Transformation der Region, die sich unter dem Banner der neoliberalen Globalisierung seit den siebziger Jahren entfaltet hatte, entstanden in den beiden Jahrzehnten danach eine zunehmende Zahl sozialen Bewegungen² (Lucita 2005).

1 Zu den Ursprüngen und den ersten praktischen Erfahrungen der Arbeiterselbstverwaltung vgl. Gubitzer 1989, Albert 2003, Ness/Azzellini 2011.

2 In einigen Ländern gelang es Arbeitslosenbewegungen die nationalen Regierungen zumindest teilweise von ihren Forderungen zu überzeugen. Insbesondere leisteten die Regierungen in Brasilien und Venezuela konkrete Unterstützung für diverse Initiativen der Arbeiterselbstverwaltung durch die Finanzierung von Kreditprogrammen für Genossenschaften und die Subventionierung von Bildungsprogrammen für Mitglieder von Genossenschaften. Darüber hinaus unternahmen die Regierungen beider Länder konkrete Schritte zur Institutionalisierung solidarischer Produktionsmodelle durch die Legalisierung wiedergewonnener Unternehmen, die Verabschiedung von Gesetzen, die die Prozesse der Insolvenz und Enteignung erleichterten und die Einrichtung von Genossenschaftsnetzwerken unterstützten (Leubolt/Auinger 2006: 43f.).

Neben Argentinien, tauchten verschiedene Initiativen der Selbstverwaltung auch in den indigenen Kommunen in Chiapas (Bozer 2006), in Brasilien (Müller-Plantenberg 2006, Auinger 2005, 2007, Sardá de Faria/Cavalcanti 2009, Sardá de Faria/Novaes 2011), in Venezuela (Azzellini 2011) und in der Grenzregion von Arauca zwischen Kolumbien und Venezuela (Arps/Zelik 2006) auf.³

Das Wiedererstarken von Betriebsbesetzungen in Argentinien

Argentinien hat eine lange und bewegte Geschichte sozialer Arbeiterkämpfe um Selbstverwaltung. Während der frühen siebziger Jahre hatten Fabrikbesetzungen bereits als regelmäßig genutzte Taktik des Widerstandes der Arbeiterschaft fungiert (Scodeller 2011). Doch bis Mitte der neunziger Jahre waren fast alle früheren Versuche, die Kontrolle über Produktionsstätten zu übernehmen, kurzlebig und hatten letztendlich mit der Wiederaufnahme der Produktion nach den traditionellen hierarchischen Beziehungen geendet (Geiger 2006: 93; 2010).

Die Krise von 2001-2002 führte zur Insolvenz von schätzungsweise 30.000 Industrieunternehmen und vernichtete rund 750.000 Arbeitsplätze, was neun Prozent der gesamten argentinischen Arbeiterschaft entsprach (Sardá de Faria/Cavalcanti 2009: 39). Den Schließungen waren in vielen Fällen drastische Lohnkürzungen und das Zurückhalten ausstehender Gehälter vorausgegangen. Mit all ihren verheerenden sozialen Folgen war die Krise aber auch Geburtshelferin neuer politischer Praxen.

Im November 2002 waren rund 150 der über 1200 bankrotten Betriebe von 13.000 Arbeitern und Arbeiterinnen besetzt und schließlich wieder in Gang gesetzt worden. In jener Zeit, die von schlimmer wirtschaftlicher Not geprägt war, verfolgten die argentinische Regierung und die Provinzbehörden eine janusköpfige Strategie hinsichtlich des zunehmend militanteren Aktivismus der Arbeiter. In mehreren Fällen wurden Werksbesetzungen unterstützt und Angebote gemacht, die Miete zu bezahlen und den Arbeitern gesetzlich zu erlauben, ohne die Einmischung der Regierung für einen vorher festgelegten Zeitraum zu produzieren.⁴ Diese Schritte erfolgten hauptsächlich in der Hoffnung die am Boden liegende Wirtschaft Argentiniens

3 Im gleichen Zeitraum (1990-2010) entstanden Initiativen der Selbstverwaltung auch in Indien (Höring 2006, Sen 2011).

4 Im Frühjahr 2002 gaben Änderungen in Argentinien's Insolvenzgesetz den Arbeitern die Gelegenheit, rechtlich die Kontrolle über die besetzten Unternehmen für eine Dauer von zwei Jahren zu übernehmen, solange sie damit einverstanden waren, Kooperativen zu gründen. Die Mehrheit der besetzten Unternehmen folgte diesem Angebot, so dass im Jahr 2010 90 Prozent der selbstverwalteten Unternehmen als Genossenschaften betrieben wurden (Geiger 2006: 96); siehe auch die weiteren Ausführungen von Margot Geiger (2010).

zu beleben und dadurch einer drohenden Eskalation sozialer Unruhen das Wasser abzugraben. Die Kooptation der Arbeiter von Seiten der argentinischen Regierung ging gleichzeitig einher mit einem direkten Angriff gegen die radikalsten und revolutionärsten Teile der Fabrikbesetzer (Cockcroft 2003, La Vaca Collective 2007).

Argentiniens Selbstverwaltungsinitiativen sind politisch und sozial sehr heterogen. Auch die Betriebe, die im weitesten Sinne Teil der Bewegung sind, unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer sozialen und politischen Orientierung. Im Allgemeinen kann man zwischen zwei Hauptlinien unterscheiden: zum einen, eine Gruppe von Fabriken, deren vorrangiges Ziel der politische Kampf und die soziale Emanzipation der Arbeiterschaft ist, und zum anderen, ein Konglomerat von Akteuren, die sich in erster Linie auf die Institutionalisierung der wiedergewonnenen Betriebe, die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Befriedigung der unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter konzentrieren (Rebón/Salgado 2010: 191).

Der erste Strang verfolgt eine eher autonome Agenda, die auf die Ausweitung der Selbstverwaltung und die Verstaatlichung der besetzten Fabriken ohne Entschädigung abzielt. Auf vehemente Weise werden kapitalistische Eigentumsverhältnisse und die bürgerliche Staatsmacht zurückgewiesen und gleichzeitig die Enteignung der besetzten Fabriken und die Wiederaufnahme der Produktion unter der direkten Kontrolle der Arbeiter gefordert. Darüber hinaus werden eine radikale Umgestaltung der argentinischen Gesellschaft und die Schaffung einer neuen sozialen Ordnung befürwortet, die auf Selbstverwaltung, Solidarität und partizipativer Demokratie basieren soll. Diese Gruppe wird zum einen von den Arbeitern von *Zanón*, einer Keramikfabrik in Neuquén, und der lokalen Gewerkschaft (*Sindicato de Obreros y Empleados Ceramistas de Neuquén*) angeführt und zum anderen von den Arbeitern der Schneiderei Bruckman in Buenos Aires, den *Madres de Plaza de Mayo* und dem *Movimiento Nacional de Fábricas Recuperadas* (MNER) (Villablanca 2010, Aiziczon 2009, Cockcroft 2003).

Mit einer reformistisch-konservativen Haltung, widmet sich die zweite Gruppe in erster Linie der schrittweisen **Verbesserung der Stellung der Arbeiter** innerhalb des bestehenden Rahmens kapitalistischer (Re)-Produktion. Diese Gruppe wird hauptsächlich vom *Movimiento Nacional de Fábricas Recuperadas por los Trabajadores* (MNFRT) unter der Leitung von Luis Alberto Caro vertreten und genießt die Unterstützung der Katholischen Kirche sowie von Mitgliedern der *Partido Justicialista* (JP) und der *Central de Trabajadores de la Argentina* (CTA), die zusammen mit der *Confederación General del Trabajo* (CGT) die zwei bedeutendsten Gewerkschaften bilden. Die MNFRT unterstützt die Enteignung der besetzten Fabriken unter bestimmten Bedingungen wie Entschädigung, Mietzahlungen für die Betriebe und Fristen für die Enteignungen (Caro 2011, Apertura Colectiva 2010: 14, Ranis 2010: 84). Neben den oben genannten sozialen Bewegungen, haben diverse linke Parteien, unabhängige Medien, Lokalradios

und Universitäten beide Gruppen der Bewegung durch wichtige politische Arbeit und juristische Beratung unterstützt.⁵

2. Das emanzipatorische Potenzial der Selbstverwaltung

Trotz aller Differenzen haben in Argentinien die besetzten Betriebe eine gemeinsame Basis, die von der Solidarität unter den Arbeitern und zu ihrem weiteren sozialen Umfeld, der demokratischen Teilhabe an der Entscheidungsfindung und dem kollektiven Eigentum an den wiedergewonnenen Fabriken lebt. Es ist die praktische Anwendung dieser Grundsätze, in der das emanzipatorische Potenzial der argentinischen Selbstverwaltung zu finden ist (Bauni/Fajn 2010: 19).

Solidarität und kollektives Bewusstsein

Das Solidaritätsprinzip geht gegen die Logik der Kapitalverwertung, in der die Menschen zu bloßen Mitteln für die kapitalistische (Re)-Produktion erniedrigt werden. Ein auf Solidarität basierendes Produktionsmodell betrachtet hingegen wirtschaftliche Tätigkeiten als ein Mittel für menschliche Selbstverwirklichung und als einen Schritt zur individuellen und kollektiven Emanzipation (Schneider 2010: 77). Die Solidarität zwischen den Arbeitern als Ausdruck des kollektiven Bewusstseins entsprang den gemeinsamen Erfahrungen im Kampf während der Besetzung der Betriebe, dem gemeinsamen Widerstand gegen Repression und Räumungsversuche und der letztendlichen Wiedereingangssetzung der Produktionsmittel und der kollektiven Schaffung eines Systems moralischer Werte.

Im Gegensatz zu traditionellen kapitalistischen Unternehmen, die Gewinnmaximierung, Strategien der Internationalisierung und Exportsteigerung verfolgen, ordnete die Mehrheit der besetzten Betriebe privates, individuelles Profitstreben sozialen und **gemeinnützigen Zielen, kollektiver Profitverteilung und der Errichtung kooperativer Formen der Organisation** unter. Das Hauptziel der Arbeiterselbstverwaltung ist nicht die bloße Erzielung von Gewinnen, sondern deren Nutzung für soziale und kollektive Ziele, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Arbeitsplatzes, also die Umlenkung privater wirtschaftlicher Initiativen auf die Gesamtheit sozialer, ökologischer und moralischer Zwecke (Schneider 2010: 77, Birkhölzer 2006: 68f.).

Im Hinblick auf die praktische Umsetzung der Solidarität gibt es eine starke Korrelation zwischen der Intensität des Kampfes um die Produktionsmittel

5 Details dazu unter www.nuestralucha.org; www.lavaca.org; www.argentina.indymedia.org; www.lafogata.org; www.pts.org.ar.

während der Besetzung und der anschließenden solidarischen, demokratischen und kollektiven Organisation der Produktion. In Bezug auf die **Vergütung** wurden in den besetzten Fabriken traditionelle Löhne durch ein kollektiv erstelltes System der Gewinnausschüttung ersetzt, das die Entscheidung der Arbeiter und Arbeiterinnen widerspiegelt, die Gewinne entweder zu gleichen Teilen auszubehalten oder ein bestimmtes Entlohnungssystem einzuführen, das die jeweilige individuelle Situation der Arbeiter mit einbezieht (Geiger 2006: 97). Im Jahr 2010 stützten sich 56 Prozent der besetzten Betriebe auf egalitäre Entlohnungssysteme (Programa Facultad Abierta 2010: 55).

In den meisten anderen Fabriken entstanden mit der Zeit Vergütungssysteme, die Aspekte wie Qualifikation, Erfahrung, Anzahl der Kinder, Verantwortung und Dienstalter in der Lohnberechnung berücksichtigten. Argentinien besetzte Fabriken unterscheiden sich dennoch von traditionellen kapitalistischen Firmen durch die Abwesenheit einer starken Schichtung zwischen den Arbeitern, was durch die Einführung von Grenzen für das maximale Verhältnis zwischen den niedrigsten und den höchsten Gehältern deutlich wird (Bauni/Fajn 2010: 28, Rebón/Salgado 2010: 189, La Vaca Collective 2007: 38).

Darüber hinaus begannen die Arbeiter durch die Einführung flexibler Rotationspläne eine größere Zahl verschiedener Aufgaben auszuführen, als dies während der Zeit der traditionellen Beschäftigung der Fall war. Dadurch erhöhte sich die Verantwortung in den verschiedenen Stufen des Produktionsprozesses und gleichzeitig entstand ein Gefühl der Partizipation, Eigenverantwortung und Freiheit (Costa 2010: 119). Die organisatorischen Veränderungen innerhalb der besetzten Betriebe verwandelten auch die bisher verwendeten Mechanismen der Kontrolle. Statt durch Zwang griffen die Arbeiter zu konsensualen Formen der Konfliktlösung, die in erster Linie auf Dialog und öffentlichen Diskussionen basierten. In vielen Fällen wurde auch ein Verhaltenskodex gemeinsam vereinbart und eingeführt (Rebón/Salgado 2010: 196).

Partizipative Demokratie am Arbeitsplatz

Das Demokratieprinzip gründet auf der Überzeugung, dass politische Gleichheit, das Grundprinzip der Demokratie, nicht ohne die Gleichstellung im wirtschaftlichen Bereich erzielt werden kann. Durch die Einbeziehung von Differenz und Dissens in den Prozess der Entscheidungsfindung in der Arbeiterversammlung auf Betriebsebene nähert sich das Demokratieprinzip sehr an den Begriff der „radikalen Demokratie“ (Laclau/Mouffe 1985) an. Es fordert somit sowohl die liberale, parlamentarische Demokratie heraus, die auf Gleichheit, Freiheit und Repräsentation beruht, als auch die deliberative Demokratie, die sich auf einen Konsens durch den öffentlichen Diskurs konzentriert (Calhoun et al 2007, De Sousa Santos/

Rodríguez-Garavito 2006, Pannekoek 1936). Historisch gesehen spielten Konzepte, die Demokratie in erster Linie im Hinblick auf formale Wahlen und die Gewährung von politischen und bürgerlichen Rechten definierten, eine entscheidende Rolle bei der Veränderung materieller und ideologischer Kapazitäten, die auf die substantielle Umwandlung der vorherrschenden sozialen Beziehungen abzielten.

Die Beteiligung der Arbeitnehmer in den wiedergewonnenen Betrieben ist fest in der Idee der demokratischen und gleichberechtigten Entscheidungsfindung verwurzelt, also in dem Prinzip eine Stimme pro Mann oder Frau. Das übergeordnete Ziel ist es, eine gleichmäßige Verteilung der Macht zwischen den Arbeitern und Arbeiterinnen zu schaffen und die demokratische Kontrolle innerhalb des Unternehmens zu etablieren (Auinger 2009, Costa 2010: 121). Die Disposition auf Seiten der Arbeiter, sich an der Entscheidungsfindung zu beteiligen, ist stark von ihrem Bildungsgrad abhängig, insbesondere vom persönlichen Wissen und von einem Verständnis des historischen Charakters der sozialen Strukturen und der darin vorherrschenden Machtverhältnisse (Hafner 2009: 54).

In fast allen besetzten Unternehmen Argentiniens ist die Versammlung das höchste Entscheidungsorgan. Sie bietet den Arbeitern und Arbeiterinnen einen Raum und die Gelegenheit, relevante Themen hinsichtlich rechtlicher und politischer Strategien, finanzieller und organisatorischer Fragen oder Solidaritätsaktionen zugunsten der lokalen Gemeinschaft, gemeinsam mit anderen besetzten Betrieben zu besprechen. Die Diskussion unter den Arbeitern wird dadurch zu einer auf Gegenseitigkeit basierenden und eine intersubjektive Wahrheit suchenden Tätigkeit, bei der die individuelle Beteiligung direkten Einfluss auf die künftige Gestalt des Kollektivs hat (Gramsci 1919). Aus praktischen und zeitsparenden Gründen, kam es allerdings in vielen besetzten Fabriken zur Schaffung von gewählten Delegationen, die die Relevanz und Häufigkeit der Versammlungen entscheidend reduzierte (Rebón/Salgado 2010: 196).

Kollektives Eigentum und neue Subjektivität

Durch die Priorisierung des Rechts auf Arbeit im Vergleich mit dem Recht auf Privateigentum stellen Argentiniens Betriebsbesetzungen und Initiativen der Arbeiterselbstverwaltung eine der tragenden Säulen der gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus radikal in Frage. Das Konzept des kollektiven Eigentums transzendiert die klassendefinierende Trennung zwischen Kapital und Arbeit; die grundlegenden Strukturen kapitalistischer Produktion und Organisation werden durch egalitäre und horizontale Beziehungen zwischen den Mitgliedern des besetzten Betriebs ersetzt (Heller 2002: 4).

Darüber hinaus führte die Schaffung von kollektivem Eigentum und die Selbstverwaltung der Produktion zu einer neuen Form der Arbeitersubjektivität.

vität in dem Sinne, dass die autonome und kollektive Organisation von Seiten der Arbeiter und Arbeiterinnen die post-fordistische Produktionsweise durch einen Fokus auf das Selbsterperimentieren und die Selbstbestimmung teilweise überwand. Dies stellt im Prinzip einen Versuch dar, die tayloristischen Methoden der Produktion, die auf die sorgfältige Planung und die rigorose Kontrolle jeder Bewegung und jedes Moments des Arbeitsprozesses abzielen, umzukehren. In der Selbstverwaltung zeigt sich somit das Potenzial, die umfassende Nutzung und die Integration der individuellen Fähigkeiten in das kollektiv geführte Unternehmen zu fördern (Moldaschl/Weber 2009: 95, Sanmartino 2003).

3. Hindernisse und Grenzen

Nach der Aneignung der Betriebe sahen sich die meisten der von Arbeitern kontrollierten Unternehmen in Argentinien mit einem schwierigen und von Hindernissen gesäumten Umfeld konfrontiert, das einen ungünstigen Ausgangspunkt für die Wiederaufnahme der Produktion darstellte. Die bedeutendsten externen Hindernisse, die die Arbeiter und Arbeiterinnen zu bewältigen hatten, waren der Mangel an verfügbarem Kapital, die erschwerten Bedingungen hinsichtlich des Zugangs zu Bankkrediten, der unsichere rechtliche Status, das Fehlen einer Gesetzgebung zugunsten der besetzten Betriebe und der Konkurrenzdruck von Seiten traditioneller kapitalistischer Unternehmen. Intern waren die wichtigsten Herausforderungen antiquierte und zum Teil vollkommen unbrauchbare Maschinerie und technische Geräte, die Langwierigkeit des Entscheidungsprozesses, die Dynamik zur Gruppenbildung, die Entwicklung von Systemen, die die gerechte Verteilung von Besitz und Gewinn unter den Arbeitern regeln, eine gerechte Verteilung der Einkommen und die Einstellung neuer Arbeiter (Moldaschl/Weber 2009: 97f., Bauni/Fajn 2010: 24). Aus Platzgründen konzentriere ich mich im Folgenden auf drei Punkte, auf die die meisten Hindernisse und Schwierigkeiten zurückgehen, mit denen die besetzten Betriebe zu kämpfen haben.

Das Dilemma mit dem Staat

In der Beziehung mit dem Staat sind Argentinien selbstverwaltete Fabriken mit einem zweifachen Dilemma konfrontiert. Im Falle, dass sich die Arbeiter zu einem autonomen Kampf entschließen, indem sie die Rolle des Staates vollständig ignorieren, wird es wahrscheinlich, dass alle Bemühungen auf die lokale Ebene begrenzt bleiben. Dies beinhaltet entweder das potenzielle Risiko eines letztendlichen Scheiterns aufgrund des Fehlens an einschlägiger Gesetzgebung und den notwendigen finanziellen Mitteln oder der Einbeziehung der

Selbstverwaltungsinitiativen in die bestehenden Machtstrukturen. Wenn der Kampf der Arbeiter auf der anderen Seite auf die Zusammenarbeit mit dem Staat ausgerichtet ist, sieht er sich auf der anderen Seite mit der Bedrohung durch eine staatliche Vereinnahmung konfrontiert, die auf die Untergrabung der Kapazitäten antagonistischer Projekte abzielt (Leubolt/Auinger 2006: 44).

Argentiniens wiedergewonnene Fabriken sind somit gezwungen, das Verhältnis zu bestimmen zwischen einer gewissen strategischen Zusammenarbeit mit dem Staat in Bezug auf die Gesetzeslage und finanzielle Unterstützung und der permanenten Gefahr der staatlichen Vereinnahmung und anschließenden Integration etwaiger transformativen Potenziale in die bestehende Ordnung. Angesichts der Notwendigkeit rechtlicher und finanzieller Unterstützung müssen die Arbeiter versuchen zu gewährleisten, dass ihre strategische und unvermeidliche Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat nicht eine Transformation von unten in einer Transformation von oben verwandelt.

Bis heute hat es die argentinische Regierung nicht zu einer kohärenten Politik gegenüber der zunehmenden Zahl selbstverwalteter Unternehmen gebracht. Wie der Fall der Genossenschaften in Venezuela zeigt, spielt die finanzielle Unterstützung durch den Staat eine entscheidende Rolle für die Nachhaltigkeit von selbstverwalteten Unternehmen (Arps/Zelik 2006: 130). Gesetzesinitiativen zugunsten des Privateigentums haben auch juristischen Auseinandersetzungen, die um besetzte Fabriken ausgetragen wurden, entscheidend mitbestimmt. In vielen Fällen profitierten ehemaligen Eigentümer von der Enteignung der Unternehmen, indem die Arbeiter am Ende mehr als den tatsächlichen Wert der Immobilien in den Auktionen bezahlten (Geiger 2006: 99).

Das Dilemma mit dem Markt

Selbstverwaltung beinhaltet die potenzielle Gefahr der Selbstausbeutung innerhalb eines kapitalistischen Umfelds. In der Vergangenheit hatten Arbeiter oft versucht, ihren Wettbewerbsnachteil hinsichtlich der zu Verfügung stehenden technischen Mittel durch eine Erhöhung der totalen Arbeitsbelastung auszugleichen, sobald sie sich mit veralteten Maschinen konfrontiert sahen. Das Dilemma der möglichen Selbstausbeutung wurde von Rosa Luxemburg treffend im folgenden Absatz angesprochen:

„In der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht aber der Austausch die Produktion und macht, angesichts der Konkurrenz, rücksichtslose Ausbeutung, d.h. völlige Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Interessen des Kapitals, zur Existenzbedingung der Unternehmung. Praktisch äußert sich das in der Notwendigkeit, die Arbeit möglichst intensiv zu machen, sie zu verkürzen oder zu verlängern, je nach der Marktlage, die Arbeitskraft je nach den Anforder-

rungen des Absatzmarktes heranzuziehen oder sie abzustoßen und aufs Pflaster zu setzen, mit einem Worte, all die bekannten Methoden zu praktizieren, die eine kapitalistische Unternehmung konkurrenzfähig machen. In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruche geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt, oder, falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst.“ (Luxemburg 1899: 417)⁶

Da im Kapitalismus die Produktion vom Warenaustausch und Wettbewerb bestimmt wird, wird die Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen eine Voraussetzung auch für das Überleben eines selbstverwalteten Unternehmens. Im Falle der argentinischen besetzten Betriebe zwingen die Kräfte des Marktes die Arbeiter dazu selbst Kapitalisten zu werden. Das Fehlen von Vorgesetzten befreite die Arbeiter letztendlich nicht vom Zwang, der von anderen Konkurrenten ausgeübt wird. Um die Dominanz des Warenaustausches über die Produktionssphäre zu überwinden, müssten die besetzten Unternehmen versuchen, den Klauen des freien Wettbewerbs zu entkommen. Dies kann letztlich nur durch die erfolgreiche Etablierung eines Systems von Konsumenten-Produzenten Netzwerken erreicht werden, also durch die Schaffung einer parallelen Marktstruktur. Dies jedoch fesselt das Schicksal der Produzenten an die Konsumententscheidungen der Verbraucher, was wiederum dazu führt, dass die Produktion auf die Befriedigung der unmittelbaren sozialen Bedürfnisse innerhalb eines lokalen Kontexts beschränkt bleibt. Luxemburg zog daher den Schluss, dass Produktionsgenossenschaften als Instrumente einer radikalen Umwandlung der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse nicht in Betracht gezogen werden können.

Nach mehr als einem Jahrzehnt des Kampfes und den tagtäglichen Erfahrungen in der Selbstverwaltung, hat bisher kein Wirtschaftszweig Argentiniens eine signifikante Verschiebung hin zu der Errichtung von autonomen und solidarischen Strukturen erlebt. Die Mehrheit der angeeigneten Betriebe sind klein- und mittelständische Unternehmen von lokaler Bedeutung, die nur einen begrenzten Marktanteil in ihren jeweiligen Wirtschaftssektor haben (Rebón/Salgado 2010: 189). Die meisten Betriebe sind daher weiterhin stark in die Verwertungs-dynamiken des kapitalistischen Marktes integriert.

6 Der durchschnittliche Arbeitstag in den selbstverwalteten Unternehmen dauerte im Jahr 2010 8,6 Stunden (Programa Facultad Abierta 2010: 55). Dies würde in der Tat Luxemburgs Argument widersprechen. Allerdings bleibt die potenzielle Gefahr der Selbstausbeutung als Folge der Dynamiken des kapitalistischen Marktes bestehen.

Im Hinblick auf die Organisation des Arbeitsprozesses, die Fragmentierung der Arbeitsschritte und die Wiederholung bestimmter Tätigkeiten, unterscheiden sich Argentiniens selbstorganisierte Unternehmen tatsächlich kaum von traditionellen kapitalistischen Betrieben (Bauni/Fajn 2010: 20, Rebón/Salgado 2010: 198). Die Nutzung bestimmter Technologien schränkt die Möglichkeit der Arbeiter ein, den Arbeitsprozess von Grund auf neu zu gestalten, sodass tatsächlich wesentliche organisatorische und soziale Veränderungen innerhalb des Unternehmens stattfinden könnten (Costa 2010: 118).

Die Kurzsichtigkeit der Selbsthilfe

Historisch gesehen war das vorrangige Ziel der Arbeiterselbstverwaltung nicht die Schaffung von demokratischen wirtschaftlichen Strukturen, sondern die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Verbesserung der materiellen Situation der Arbeiter (Flieger 2006: 57). In dieser Hinsicht ist die Mehrheit der selbstverwalteten Betriebe in Argentinien keine Ausnahme. Der Kampf der Arbeiter sollte deshalb nicht mit emanzipatorischen Bestrebungen der Arbeiterklasse und einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik gleichgesetzt werden. In der Mehrzahl der Fälle ist die Besetzung der Fabriken und die anschließende Instandsetzung der Produktionsmittel nicht aus einer bestimmten antikapitalistischen Ideologie erwachsen, die von allen Arbeitern geteilt wurde (Rebón 2004: 10). Die Aktionen waren in erster Linie Maßnahmen der Selbsthilfe innerhalb eines diskreditierten politischen und wirtschaftlichen Systems, das weitgehend als korrupt und kriminell angesehen wurde. Das Verletzen von Gesetzen, das mit der Besetzung der Arbeitsplätze und der Aneignung der Produktionsmittel während des Höhepunkts der Krise geschah, wurde von den Arbeitern größtenteils als legitimer Akt der Notwehr angesichts sich verschlimmernder sozioökonomischer Bedingungen betrachtet (Fajn et al 2003: 102, Altvater 2007: 29).

Die unternehmerischen und profitorientierten Haltungen der Arbeiter, die sich in der Mehrzahl der zurückgewonnenen Fabriken durchsetzten, hatten in gewisser Weise wohl auch eine stabilisierende Wirkung auf Argentinien in den Jahren nach dem finanziellen Zusammenbruch. Durch die Förderung von Selbsthilfepraktiken legitimierten jene Arbeiter in gewissem Sinne im Nachhinein den Sozialabbau der Menem-Regierung und untergruben gleichzeitig, zumindest teilweise, das Potenzial einer radikaleren Transformation der argentinischen Gesellschaft angesichts der schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte des Landes (Schlosser/Zeuner 2006: 32).

4. Perspektiven für eine zukünftige Ausweitung der Selbstverwaltung

In den Jahren nach Argentinien's wirtschaftlichem Kollaps stieg die Zahl der selbstverwalteten und besetzten Betriebe zwischen 2004 und 2010 von 161 auf 205 (Programa Facultad Abierta 2010: 7). Die Bedingungen, die eine solche Entwicklung genährt hatten, waren wesentlich gekennzeichnet durch den Mangel an Alternativen angesichts von struktureller Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung⁷, die sich in erster Linie durch die zunehmende ausländische Konkurrenz und die Entwicklung der Produktivkräfte erklären lassen. Darüber hinaus führte der zehnjährige Kampf der Bewegung um wirtschaftliche Lebensfähigkeit zu einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit und spornte andere, neue Betriebsbesetzungen an.

Die Aussichten für eine zukünftige Ausweitung der Selbstverwaltung in Argentinien hängen einerseits von einer Reihe sozioökonomischer und politischer Umstände ab, andererseits von der Fähigkeit der Arbeiterbewegung ihren Kampf fortzusetzen und noch weiter voranzutreiben, sowohl in Bezug auf die materiell-institutionelle Basis als auch in ideologisch-kultureller Hinsicht. Die strukturellen Grenzen und Widersprüche und die zunehmenden Krisentendenzen des post-fordistischen Akkumulationsmodells werden höchstwahrscheinlich den Widerstand der Bevölkerung intensivieren und die Suche nach alternativen Formen der sozio-ökonomischen und politischen Praxis weiter fördern.

In diesem Prozess wird der Erfolg und die Zunahme der besetzten und selbstverwalteten Betriebe in Argentinien weitgehend davon abhängen, ob eine produktive, kommerzielle, finanzielle, politische und kulturelle Einbettung in Netzwerke gelingt, die auf Zusammenarbeit, Solidarität und gegenseitiger Unterstützung basieren (Rebón/Salgado 2010: 206). Entscheidend für das Anwachsen von alternativen Formen der Produktion und Organisation und der Bildung kritischer und alternativer Visionen ist die Zusammenarbeit der Arbeiter mit lokalen Gemeinden, Basisorganisationen, Kultureinrichtungen, soziale Bewegungen, Universitäten und unabhängigen Medien (Korol 2005: 20).

Schlussfolgerungen

Die Renaissance der Selbstverwaltung im globalen Kontext eines post-fordistischen, neoliberalen, finanzgetriebenen Akkumulationsregimes ist ein Versuch,

7 Argentinien's offizielle Arbeitslosenquote sank von 14 Prozent im ersten Quartal 2004 auf 7,5 Prozent im ersten Quartal 2010. Im gleichen Zeitraum sank die Unterbeschäftigung von 15,5 auf 10 Prozent (Instituto Nacional de Estadística y Censos de República de Argentina 2011).

die Dominanz des Marktes zu überwinden und ihn gleichsam wieder in Natur und Gesellschaft einzubetten (Altwater 2006: 17). Angesichts der zunehmenden Prekarisierung und des *De-skilling* von Arbeitern auf der ganzen Welt sind Initiativen der Selbstverwaltung als pragmatische und zum Teil radikale Antwort marginalisierter Sektoren innerhalb der Gesellschaft entstanden. Entgegen dem Trend der Atomisierung der Arbeiterschaft unter neoliberaler Vorherrschaft haben Betriebsbesetzungen zu Prozessen einer echten Demokratisierung geführt und die Solidarität zwischen den Arbeitern gefördert.

Letztendlich gilt es den Kampf für eine partizipative Demokratie am Arbeitsplatz, in der lokalen Gemeinschaft, der Familie und innerhalb von Bildungseinrichtungen auszutragen, also im „unpolitischen“ Netzwerk der sozialen Beziehungen“ (Žižek 2010: 88 [Ü.d.A.], Le Blanc 2010: 25). Trotz ihres hybriden, und zum Teil widersprüchlichen Charakters haben Argentiniens besetzte und selbstverwaltete Betriebe zur Schaffung eines neuen Raums für kritische Forschung und emanzipatorische Projekte beigetragen. Organisch verknüpft mit einer Vielzahl von Akteuren, haben Argentiniens selbstverwaltete Betriebe zweifellos das Potenzial, zur Überwindung der bestehenden Herrschafts- und Machtverhältnisse und zur kollektiven Gestaltung alternativer Lebensformen beizutragen.

Literatur

- Aiziczon, Fernando (2009): *Zanón: Una experiencia de lucha obrera*. Buenos Aires
- Albert, Michael (2003): *Parecon (Participatory Economics): Life after Capitalism*. London
- Altwater, Elmar (2006): Solidarisches Wirtschaften: prekär oder emanzipativ? In: *Altwater/Sekler (2006)*: 9-21
- (2007): Theoretische Herangehensweisen in den Wirtschaftswissenschaften und ihre Implikationen für die politische Ökonomie Lateinamerikas, *LAI Präsentation*, 18.10.2007
- Altwater, Elmar/Sekler, Nicole (Hg.): *Solidarische Ökonomie*. Hamburg
- Apertura Colectiva (2010): Empresas recuperadas por sus trabajadores. In: *Gestión Obrera: Del fragmento a la acción colectiva*. Montevideo: 13-17
- Arps, Anne-Britt/Zelik, Raul (2006): Mit, im und gegen den Staat Kooperativen im Grenzgebiet von Kolumbien und Venezuela. In: *Altwater/Sekler (2006)*: 124-131
- Auinger, Markus (2005): Demokratisierungsimpulse und Ansatzpunkte für eine Transformation des Arbeitsprozesses in Brasilien. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXI 2-2005: 45-63
- (2007): Solidarische Ökonomie und betriebliche Selbstverwaltung: Das Beispiel der Usina Catende in Pernambuco, Brasilien. In: Faschingeder, Gerald/Wittmann, Veronika (Hg.): *Eigentum anders: Beiträge junger ForscherInnen*. Linz: 17-30
- Azzellini, Dario (2011): Workers' Control under Venezuela's Bolivarian Revolution. In: *Ness/Azzellini (2011)*: 382-399
- Bauni, Natalia/Fajn, Gabriel (2010): Las regulaciones de trabajo en las empresas recuperadas. In: *Gestión Obrera* (Hg.): *Del fragmento a la acción colectiva*. Montevideo: 19-30
- Birkhölzer, Karl (2006): Soziale Unternehmen: Ausweg aus Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung? In: *Altwater/Sekler (2006)*: 62-72
- Bonnet, Alberto R. (2011): The Political Form at Last Discovered: Workers' Councils against the Capitalism State. In: *Ness/Azzellini (2011)*: 66-81

- Boyer, Miriam (2006): Solidarische Vergesellschaftung indigener Gemeinden in Chiapas, Mexiko. In: *Altwater/Sekler (2006)*: 103-111
- Calhoun, Craig et al. (Hg.) (2007): *Contemporary Sociological Theory*. Malden, MA
- Caro, Luis (2010): Interview geführt im Dezember 2010. Buenos Aires, Argentina
- Cockcroft, James D. (2003): Argentina: The Argentinazo one Year on. In: IV Online Magazine, 347, http://www.internationalviewpoint.org/article.php3?id_article=264
- Costa, Cecilia Alvarez (2010): Empresas recuperadas: ¿Democratización versus mercado? In: Gestión Obrera (Hg.): *Del fragmento a la acción colectiva*. Montevideo: 114-122
- Cox, Robert. W. (1987): *Production, power and world order: Social forces in the making of history*. New York
- De Sousa Santos, Boaventura/Rodríguez-Garavito, César A. (2006): Introduction: Expanding the Economic Canon and Searching for Alternatives to Neoliberal Globalization. In: De Sousa Santos, Boaventura (Hg.): *Another Production is Possible: Beyond the Capitalist Canon*. London/New York: XVII-LXIII
- Di Paola, Pedro (2011): Factories Councils in Turin, 1919-1920: The Sole and Authentic Social Representatives of the Proletarian Class. In: *Ness/Azzellini (2011)*: 130-147
- Fajn, Gabriel et al. (2003): *Fábricas y Empresas Recuperadas: protesta social, autogestión y rupturas en la subjetividad*. Buenos Aires
- Flieger, Burghard. (2006): Genossenschaften in Deutschland: Teil der Solidarischen Ökonomie? In: *Altwater/Sekler (2006)*: 47-61
- Geiger, Margot (2006): Betriebsbesetzungen in Argentinien. In: *Altwater/Sekler (2006)*: 92-102
- (2010): Umkämpftes Territorium. Markt, Staat und soziale Bewegungen in Argentinien. Münster
- Gluckstein, Donny (2011): Workers' Council in Europe: A Century of Experience. In: *Ness/Azzellini (2011)*: 32-47
- Gramsci, Antonio (1919): Workers' Democracy. In: *L'Ordine Nuovo*, 21, June, 1919, <http://www.marxists.org/archive/gramsci/1919/06/workers-democracy.htm>
- Gubitzer, Luise (1985): *Geschichte der Selbstverwaltung*. München
- Hafner, Astrid (2009): Genossenschaftliche Realität im baskischen Mondragón. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXV 3-2009: 43-64
- Heller, Pablo (2002): Fábricas ocupadas y gestión obrera: Los trabajadores frente al derrumbe capitalista. In: *Razón y Revolución*, 10, <http://www.razonyrevolucion.org/textos/revryr/prodetrab/ryr10-13-heller.pdf>
- Herbert, Gabriele (2006): Die „unsichtbare Hand“ in der Selbstverwaltung. In: *Altwater/Sekler (2006)*: 22-31
- Hoering, Uwe (2006): Indien: Rückgewinnung der Autonomie. In: *Altwater/Sekler (2006)*: 132-136
- Hoffroge, Ralf (2011): From Unionism to Workers' Councils: The Revolutionary Shop Stewards in Germany, 1914-1918. In: *Ness/Azzellini (2011)*: 84-103
- INDEC (2011): Tasas de desocupación y subocupación: Evolución trimestral en el total de aglomerados desde el primer trimestre 2003 en adelante, según la EPH continua, http://www.indec.gov.ar/principal.asp?id_tema=34
- Korol, Claudia (Hg.) (2005): *Obreros sin patrón. Sistematización de la experiencia de los obreros y obreras de Zanón*. Buenos Aires
- LaVaca Collective (2007): *Sin Patrón: Stories from Argentina's Worker-run Factories*. Chicago
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*. London/New York
- Le Blanc, Paul (2010): What do Socialists Say about Democracy? In: *International Socialist Review*, 74: 20-27
- Leubolt, Bernhard/Auinger, Markus (2006): Lokale Initiativen und staatliche Regulation. In: *Altwater/Sekler (2006)*: 40-46

- Lucita, Eduardo (2005): Argentina: Fresh Air, Old Storms. In: *IV Online Magazine*, 368, June 2005, <http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article797>
- Luxemburg, Rosa (1899): Sozialreform oder Revolution in: *Gesammelte Werke*, Bd.1. Berlin
- Mandel, David (2011): The Factory Committee Movement in the Russian Revolution. In: *Ness/Azzellini (2011)*: 104-129
- Marx, Karl (1871): The Paris Commune. In: Marx, Karl: *The Civil War in France*, <http://www.marxists.org/archive/marx/works/1871/civil-war-france/ch05.htm>
- (1971): Das Kapital: Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, MEW 23, Berlin
- Moldaschl, Manfred F./Weber, Wolfgang G.(2009): Trägt organisationale Partizipation zur gesellschaftlichen Demokratisierung bei? In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXV 3-2009: 87-112
- Müller-Plantenberg, Clarita (2006): Solidarische Ökonomie in Brasilien. In: *Altwater/Sekler (2006)*: 112-123
- Musić, Goran (2011): Yugoslavia: Workers' Self-Management as State Paradigm. In: *Ness/Azzellini (2011)*: 172-190
- Ness, Immanuel/Azzellini, Dario (Hg.) (2011): *Ours to Master and to Own: Workers' Control from the Commune to the Present*. Chicago
- Pannekoek, Anton (1936): Workers Councils In: *International Council Correspondence*, II/5, <http://www.marxists.org/archive/pannekoek/1936/councils.htm>
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Wien
- Programa Facultad Abierta, Facultad de Filosofía y Letras (UBA) (2010): *Informe el tercer relevamiento de empresas recuperadas por sus trabajadores: Las empresas recuperadas en la Argentina 2010*. <http://www.recuperadasdoc.com.ar>
- Ranis, Peter (2010): Argentine Worker Cooperatives in Civil Society: A Challenge to Capital-Labor Relations. In: *Working/USA: The Journal of Labor and Society*, 13, 77-105
- Rebón, Julián (2004): *Desobedeciendo al desempleo: La experiencia de las empresas recuperadas*. Buenos Aires
- Rebón, Julián/Salgado, Rodrigo (2010): Empresas recuperadas en la Ciudad de Buenos Aires. In: *Gestión Obrera* (Hg.): *Del fragmento a la acción colectiva*. Montevideo: 189-208
- Sanmartino, Jorge (2003): A Year on from the Revolutionary Days in Argentina: A Balance Sheet of the Political Strategies. In: *Estrategia Internacional*, 19, <http://www.ft.org.ar/estrategia/ci19/ci19inglesargentina.htm>
- Sardá de Faria, Maurício/Cavalcanti Cunha, Gabriela (2009): Self-management and Solidarity Economy: The Challenges for Worker-recovered Companies in Brazil. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, XXV 3-2009: 22-42.
- Sardá de Faria, Maurício/Novaes, Henrique T. (2011): Brazilian Recovered Factories: The Constraints of Workers' Control, in: *Ness/Azzellini (2011)*: 400-417
- Schlosser, Irmitraud/Zeuner, Bodo (2006): Gewerkschaften, Genossenschaften und Solidarische Ökonomie, in: *Altwater/Sekler (2006)*: 32-39
- Schneider, Michael (2010): Ende eines Jahrhundertmythos? Ketznerische Gedanken über Vergangenheit und Zukunft des Sozialismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/2010: 65-78
- Scodeller, Gabriela (2011): The Limits and Possibilities of Workers' Control within the State: Mendoza, Argentina, 1973. In: *Ness/Azzellini (2011)*: 148-262
- Sen, Arup Kumar (2011): Workers' Control in India's Communist-Ruled State: Labor Struggles and Trade Unions in West Bengal. In: *Ness/Azzellini (2011)*: 356-364
- Uriona, Viviana (2006): Moralische Ökonomie und solidarische Wirtschaften in der argentinischen Gesellschaft. In: *Altwater/Sekler (2006)*: 85-91
- Villablanca, Hector Omar (2011): Interview geführt im Dezember 2011, Neuquén, Argentina
- Žižek, Slavoj (2010): A Permanent Economic Emergency. In: *New Left Review*, 64: 85-95